

CHINA UND DIE EWG: VON VÖLLIGER ABLEHNUNG ZU DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN

Johannes Westrich

I. Einleitung

Doch heute sag' ich es, Kunlun:
Was soll diese Höhe,
Was soll all der Schnee?
Gestützt auf den Himmel
Zieh ich das Schwert
und teil dich in drei -
Ein Stück geb ich Europa,
Eins schenk ich Amerika,
und eins laß ich für China,
Daß Frieden finde die Welt
Und gleichmäßig teilhabe an Eis und Glut.¹⁾

Europa wurde schon immer von den chinesischen Kommunisten mit großer Aufmerksamkeit bedacht. Wie die vorangehende Strophe des Kunlun-Gedichtes von Mao Tse-tung verdeutlicht, zog er schon im Oktober 1937 eine dauerhafte Friedensregelung in der Welt ohne die Beteiligung Europas nicht in Betracht.

Besonders die Gründung und die Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verlor man in China nie aus den Augen. Sie wurde sorgfältig observiert, ausgiebig diskutiert und interpretiert, allerdings bis zum Ende der Sechziger Jahre unter negativem Vorzeichen, danach dann immer positiver, was sich schließlich in der Akkreditierung eines Botschafters und der Aufnahme von Beziehungen äußerte.

Das chinesische Interesse wurde allerdings von europäischer Seite nie angemessen erwidert. Nicht einmal die Akkreditierung des Botschafters wurde entsprechend gewürdigt; Zeitungsberichte dazu fanden sich beispielsweise besten-

falls im Wirtschaftsteil in Form von kurzen Notizen.

Hier soll nun versucht werden, ein angemessenes Bild der Entwicklung der Beziehungen anzufertigen und sie als das zu würdigen, was sie wirklich sind, als Politikum.

Als die Volksrepublik China am 15. September 1975 als 103. Staat diplomatische Beziehungen zur EWG aufnahm, bestand sie ausdrücklich darauf, daß dieser Botschafter bei der EWG akkreditiert sei und nicht bei den Europäischen Gemeinschaften, den EG. Deren Bestehen nimmt man in Peking bis heute nicht zur Kenntnis, was sich in den aktuellen Publikationen niederschlägt, in denen immer nur von der EWG die Rede ist, nie aber von den EG. Aus diesem Grunde wird auch hier immer nur die EWG genannt werden.

II. Negative Einschätzung der EWG bis zur Kulturrevolution

In der Einschätzung der Gründung der EWG und ihrer Entwicklung in den ersten Jahren folgten die chinesischen Kommunisten noch der Linie, wie sie von den Genossen aus Moskau, mit denen sie damals noch konform gingen, vorgeschrieben wurde: "Noch 1957 und auch in den folgenden Jahren, also kurz nach der Gründung der EWG, unterschied sich die Haltung Chinas in dieser Frage im wesentlichen nicht von der der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die die EWG als Anhängsel der NATO ansahen, als ein Instrument der Wiedergeburt des westdeutschen Militarismus, als eine Waffe gegen die sozialistischen Länder"²⁾. Die Länder der EWG wurden als "zum Kreis der imperialistischen Länder gehörig"³⁾ bezeichnet. Dieses Gebilde behindere die alleuropäische Zusammenarbeit, schrieb die chinesische Presse. Man beurteilte die Gründung der EWG als "Ausdruck der Krisenhaftigkeit des Imperialismus"⁴⁾ oder als "Todeszuckungen des Imperialismus"⁵⁾. Diese vollkommen negative Darstellung der EWG durch die VR China ging zurück auf die 17 Thesen des Moskauer Institutes für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. Hierin galt die EWG als "Absprache der Monopole über den gemeinsamen Kampf um die Absatzmärkte, die Roh-

stoffquellen und die Investitionssphären"6).

Darüber hinaus wurden folgende Gesichtspunkte betont: Die EWG bilde die kriegswirtschaftliche Basis der NATO und sei daher eindeutig gegen die sozialistischen Länder ausgerichtet, weiterhin diene sie zur Zerstörung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem müßten sich zwangsläufig Nachteile für die Arbeiter ergeben, und zwar "Senkung des Reallohns, Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Steuern und Beschneidung der politischen Rechte"7). Schließlich wiesen die sowjetischen Wissenschaftler auch noch auf die Konsequenzen hin, die sich auf internationaler Ebene ergeben würden, vor allem die Abhängigkeit einzelner europäischer Staaten von den USA und der aufstrebenden BRD.

In ihrer Analyse kamen die Verfasser der 17 Thesen zu folgendem Ergebnis: "Was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ... betrifft, so ist vollkommen unzweifelhaft, daß die vollständige Verwirklichung der in diesem Zusammenhang vorgesehenen Schritte (die allein schon höchst unwahrscheinlich ist), nicht zu einer Änderung des europäischen Kapitalismus führt und nicht die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftssystems garantieren kann. Es lasse sich mit Gewißheit voraussagen, daß die Spannungen und Gegensätze zwischen den Mitgliedern der EWG den Prozeß der kapitalistischen Selbsterfleischung nur noch schneller vorantreiben werde"8).

Die sowjetischen Wissenschaftler folgten damit den Gedanken Lenins, der geschrieben hatte, die Bildung der "Verinigten Staaten von Europa sei unter kapitalistischen Verhältnissen entweder vollkommen unmöglich oder reaktionär"9).

Auch nach dem Bruch mit der UdSSR hielten die Chinesen diesen Standpunkt weiterhin fest. Erst nach der Kulturrevolution änderte sich ihre Einstellung gegenüber der EWG.

III. Neuorientierung der chinesischen Außenpolitik nach der Kulturrevolution

Nach der Kulturrevolution sah man sich in China dem Problem gegenüber, die Diplomatie zu reaktivieren, welche während der vorangegangenen Jahre völlig gelähmt worden war. Z.B. war in 47 Ländern, mit denen China diplomatische Beziehungen unterhielt, nur noch ein Botschafterposten besetzt, und zwar durch Huang Hua in Kairo.

Darüber hinaus galt es, ein neues außenpolitisches Konzept zu finden, welches den veränderten Verhältnissen gerecht wurde und die VR China aus ihrer Isolation herausführen konnte, wobei es außerdem noch Widerstände innerhalb der chinesischen Führung gegen den kompromißlosen anti-sowjetischen Standpunkt zu überwinden gab.

Letztlich wurde der zukünftige außenpolitische Kurs durch zwei Ereignisse endgültig bestimmt: der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR und der IX. Parteitag der KPCh im Jahre 1969.

Wenn es auch übertrieben ist, den Überfall auf die CSSR 1968 als "kopernikanische Wende der chinesischen Politik gegenüber Europa"¹⁰⁾ zu bezeichnen, ist doch die Wirkung, die der Einmarsch auf die chinesische Führung hatte, nicht von der Hand zu weisen. Sie hatte allen Grund, zu fürchten, daß die "Breschnew-Doktrin" von der "beschränkten Souveränität" auch auf die VR China angewandt wurde. Da das Leugnen des sowjetischen Führungsanspruches einmal für die Sowjetunion Grund für eine solche Aktion gewesen war, bestand durchaus die Möglichkeit einer Wiederholung in China. Darüber hinaus gehört es zum traditionellen Feindbild der Chinesen, daß der Angreifer im Verlauf der langjährigen Geschichte immer wieder aus dem Norden gekommen war, also aus dem Gebiet der heutigen Sowjetunion.

Eine endgültige Fixierung der zukünftigen chinesischen Außenpolitik fand auf dem IX. Parteitag der KPCh im April 1969 statt. Danach stellte sich die Volksrepublik eindeutig gegen die beiden "Supermächte" (diese Formulierung kam al-

lerdings erst 1970/71 auf). Die größere Bedrohung ging von der UdSSR aus, gegen die sich dann auch die Mehrzahl der chinesischen Attacken richtete. Die USA galten nur als Hauptfind Nr.II, allerdings hörten die Angriffe gegen sie trotz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und des Nixon-Besuches nie auf, sie wurden höchstens eingeschränkt.

Da die Beziehungen zu den beiden Großmächten äußerst negativ waren, wandte sich die VR China in ihrer Außenpolitik nunmehr verstärkt an die kleinen und mittleren Länder, also an die Staaten der Zweiten und Dritten Welt.

Neben der Reaktivierung der Diplomatie und der Wiederbesetzung der vakanten Botschafterposten setzte ab 1969 eine Öffnung nach Westen ein, indem die VR China Beziehungen zu NATO- und EWG-Ländern aufnahm. (Siehe Tabelle I)

IV. Die Aufnahme von Kontakten zwischen der VR China und der EWG

Während prominente Politiker in großer Zahl zwischen China und Europa hin und her reisten (siehe Tabelle II und Tabelle III), mehrten sich die Gerüchte, China wolle einen Botschafter zur EWG entsenden. Erstmals wurde dies allerdings nicht in Peking, sondern in Bonn angedeutet. "Die Welt" veröffentlichte am 24. Januar 1972 einen Artikel unter der Überschrift "Schickt Peking Botschafter nach Brüssel?"¹¹⁾, der sich auf ungenannte deutsche Experten berief. Da in demselben Zusammenhang von Äußerungen Walter Scheels die Rede war, die eine eventuelle China-Reise des damaligen deutschen Außenministers betrafen (die er im Oktober wirklich antrat), liegt der Schluß nahe, daß die Informanten in Regierungskreisen zu suchen waren.

Im Mai desselben Jahres hörte man dann derartige Äußerungen aus Peking, wo Tschou En-lai in einem Interview mit Korrespondenten der französischen Presseagentur Agence France Presse andeutete, es bestehe die Möglichkeit, daß man diplomatische Beziehungen zur EWG aufnehme. Ähnliches soll er gegenüber dem italienischen Außenhandelsminister

Mario Zagari erklärt haben¹²⁾. Ernst A. Findorff schreibt dazu: "Die Perspektive eines erweiterten Europa als vierter weltpolitischer Faktor scheint ihn dazu bewogen zu haben, Westeuropa neben China ... als weltpolitisches Entscheidungszentrum zu bezeichnen."¹³⁾

Neben diesen offiziellen Kontakten bahnten sich quasi hinter den Kulissen inoffizielle Kontakte an in Form von Besuchen und Gesprächen zwischen Beamten der Botschaft der VR China beim Königreich Belgien und Beamten der Kommission der EWG "zwecks Informationsgespräche(n) über das Funktionieren der Gemeinschaft, ihre interne Entwicklung und Außenbeziehungen"¹⁴⁾. Die Deutsche Presseagentur (dpa) meldete daraufhin am 1. Oktober 1973 aus Brüssel: "China hat einen als informell bezeichneten diplomatischen Kontakt mit der Europäischen Kommission aufgenommen, der zu einer Anerkennung der Gemeinschaft durch die Regierung in Peking führen könnte"¹⁵⁾.

Diese Meldung wurde zwar von chinesischer Seite nicht dementiert, aber auch nicht bestätigt, ja mehr noch: Als Journalisten anlässlich des Nationalfeiertages in der chinesischen Botschaft in Brüssel weitere Auskünfte darüber erfragten, verweigerte man die Antwort¹⁶⁾. Allerdings wurde wenige Tage später, nämlich am 11. Oktober, das Brüsseler Büro der New China Agency eröffnet, das umgehend zwei Korrespondenten bei der Kommission akkreditierte.

Der nächste Zug in diesem Spiel wurde von der EWG gemacht, die im November 1974 in der Brüsseler Botschaft der VR China ein Diskussionspapier für einen Rahmenvertrag überreichen ließ, der die auslaufenden bilateralen Handelsverträge mit einzelnen EWG-Mitgliedsländern, die nicht mehr verlängert werden konnten, ersetzen sollte.

Bereits nach einem Monat, einem für chinesische Diplomatie äußerst kurzen Zeitraum, erging die Einladung an Sir Christopher Soames nach Peking.

1. Sir Christopher Soames' Besuch in Peking

Soames traf am 4. Mai 1975 in Peking ein. Dies war der erste Besuch eines EWG-Offiziellen in China. Soames, der für auswärtige Beziehungen zuständige Vizepräsident der Kommission, reiste mit einer Delegation an, in der sich auch Edmund P. Wellenstein, der Generaldirektor der Kommission für auswärtige Beziehungen, befand. Während seines acht-tägigen Besuchs absolvierte Soames ein umfangreiches Verhandlungsprogramm, bei dem seine wichtigsten Gesprächspartner Ministerpräsident Tschou En-lai, der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsiän-niän, Außenminister Tjiao Guan-hua sowie der Minister für Außenhandel Li Tjiang waren.

Im Brennpunkt der Gespräche stand selbstverständlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Weitere Themen waren "die Aussichten für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und ihre zukünftigen Beziehungen zu anderen Teilen der Welt"¹⁷⁾, womit wahrscheinlich in erster Linie die Staaten der Dritten Welt gemeint waren, die der Volksrepublik besonders am Herzen liegen.

Von ungeheurer Bedeutung war für die chinesische Seite auch die Taiwan-Frage. Sir Christopher Soames erklärte dazu am 8. Mai auf einer Pressekonferenz in Peking: "Im Bezug auf Taiwan bekräftigte der Außenminister Tjiao Guan-hua erneut den bekannten Standpunkt Chinas zu dieser Frage, daß die Regierung der Volksrepublik China die einzig legitime Regierung Chinas ist und daß Taiwan ein unabtrennbarer Bestandteil chinesischen Territoriums ist. Er unterstrich die Wichtigkeit, die China dieser Frage beimißt und fragte, welche Haltung die EWG in dieser Frage einnehme, und insbesondere, ob die EWG irgendwelche offiziellen Beziehungen mit Taiwan habe." - "Ich erklärte, daß Fragen wie die Anerkennung von Staaten nicht in der Verantwortlichkeit der Gemeinschaft lägen. Ich wies jedoch den Außenminister darauf hin, daß alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Regierung der Volksrepublik China anerkennen und einen Standpunkt zur Taiwan-Frage einnehmen, der für die Volksrepublik

akzeptabel ist, daß die Gemeinschaft ihrerseits, wie ein Sprecher der Kommission am 30. April in Brüssel feststellte, mit Taiwan keine offiziellen Beziehungen unterhalte, noch irgendwelche Verträge mit Taiwan abschließe¹⁸⁾.

Im Verlauf der Verhandlungen erklärte der chinesische Außenminister Tjiao Guan-hua, daß seine Regierung beschlos- sen habe, die EWG anzuerkennen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und einen Botschafter zu akkreditieren.

2. Der erste chinesische Botschafter bei der EWG

Am 15. September überreichte dann Li Lien-pi, bis da- hin Botschafter der Volksrepublik China beim Königreich Bel- gien, Ratspräsident Rumor und Kommissionspräsident Ortoli sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter bei der EWG.

Die chinesische Auslandspresse widmete diesem Schritt keinerlei Aufmerksamkeit, die europäischen Zeitungen be- richteten höchstens mit einer kurzen Nachricht im Wirt- schaftsteil über dieses Ereignis, als sei es kaum von Be- deutung. Kommissionspräsident Ortoli bedauerte dies, da eine große Chance ungenutzt blieb, der Welt zu beweisen, daß Europa wirklich vorhanden sei und einen eigenständigen Faktor im Gleichgewicht der Kräfte in der internationalen Politik darstelle¹⁹⁾.

3. Probleme, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verzögerten

Die Annäherung der VR China an die EWG ging allerdings nicht so reibungslos vonstatten, wie es den Eindruck macht. Es gab eine Reihe von Hindernissen, die vor der Akkreditie- rung des Botschafters erst aus dem Wege geräumt werden muß- te. Die wichtigsten Problemkreise waren dabei Irland und Taiwan.

3.1. Irland

Die Republik Irland ist der einzige der EWG-Mitglieds- staaten, der keine diplomatischen Beziehungen zur Volksre-

publik China unterhält. Zwar hat die irische Regierung am 29. Februar 1972 beschlossen, die VR China anzuerkennen, weitere Schritte wurden jedoch nicht unternommen. Die Annahme liegt nahe, daß man in Peking darauf wartete, bis man diplomatische Beziehungen zu allen EWG-Ländern habe²⁰⁾. Inzwischen scheint man sich in Peking so geholfen zu haben, daß man die Zusammenarbeit und die Diskussion mit Irland innerhalb der UNO als Beziehungen wertete, gleich welcher Art.

3.2. Taiwan

Das Taiwan-Problem ist in seiner Bedeutung für die Chinesen noch wesentlich höher einzuschätzen. Nicht umsonst hatte Tjiao Guan-hua gegenüber Soames den Alleinvertretungsanspruch Pekings bekräftigt und ihn veranlaßt, öffentlich zu erklären, die EWG unterhalte keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan und schließe keine Verträge ab. Denn es ist noch nicht allzu lange her, daß ein Handelsvertrag zwischen der EWG und Taiwan bestand²¹⁾. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Existenz dieses Vertrages, der von 1971 bis 1973 bestand, nicht allen EWG-Offiziellen bekannt war, so gilt doch als sicher, daß man in Peking davon wußte, ja sogar, daß Dji Peng-fe das Bestehen dieses Vertrages 1973 bei seinem Besuch in Europa bemängelte²²⁾. Da aber der Vertrag nicht verlängert wurde und auch kein neuer abgeschlossen wurde, war auch dieses Hindernis aus dem Weg geräumt.

3.3. Mangelnde Integration, fehlende Information und Mangel an geeignetem Personal

Weiterhin war man in Peking lange Zeit unsicher über Plausibilität und Lebensfähigkeit der Gemeinschaft. Erst als das Streben nach Integration deutlich sichtbar und vor allem mit Erfolg gekrönt wurde (vor allem 1973/74), konnten die Chinesen ihre letzte Reserviertheit gegenüber der EWG aufgeben. Es ist verständlich, daß man in China zunächst dem Wachstum des "Pflänzchens Integration" abwartend gegenüberstand, auch wenn man es durch regen Zuspruch pflegte.

Auch fehlte es in Peking an genügend Information über

die EWG, über ihren Aufbau, ihre Verträge, Gesetze usw.. Erst als genügend Informationen, vor allem durch die Brüsseler Botschaft, gesammelt worden waren, konnte man sich in Peking intensiver mit der Gemeinschaft befassen.

Letztlich mag der Mangel an qualifizierten älteren Mitarbeitern, die die geforderten technischen, fachlichen und sprachlichen Bedingungen erfüllten, entscheidend für das lange Zögern gewesen sein²³⁾.

Alle diese Gründe zusammengenommen erklären recht einleuchtend, daß es bis zum September 1975 dauerte, bis die VR China diplomatische Beziehungen zur EWG aufnahm.

V. Die EWG aus chinesischer Sicht

Soweit die Darstellung der Entwicklung der Beziehungen der VR China zur EWG. Wie man unschwer erkennt, liegt heute der chinesischen Betrachtung der EWG ein ganz anderes Bild zugrunde als in den Jahren zwischen 1957 und 1969. Dabei lohnt es vor allem zu beachten, wie man in China die EWG als politische Union sieht sowie ihre Stellung gegenüber den Supermächten und der Dritten Welt.

1. Die politische Union

Etwa seit dem Frühjahr 1971 zeichnet sich ab, daß man in China die Integrationsbemühungen der Gemeinschaft zumindest nicht mehr negativ beurteilte. Tschou En-lai erklärte schon Mitte 1971, daß es eine zunehmende Tendenz der Einigung in Europa gäbe²⁴⁾.

In der Folgezeit nahm die positive Beurteilung der EWG und das Interesse der Chinesen weiter zu. Sie begrüßten jedes Anzeichen des Fortschritts der Integration, etwa das Auftreten der EWG anlässlich der Krise im Mittleren Osten Ende 1973: "Die Forderung, die politische Einheit der europäischen Gemeinschaft zu verstärken und den Aufbau der westeuropäischen Verteidigungskräfte zu beschleunigen, erklingt lauter als je zuvor, um in Zukunft gegenüber der Machtpolitik der Supermächte mehr zu sagen zu haben"²⁵⁾.

Jede Konferenz, ob Außen-, Wirtschafts-, Finanzminister- oder Gipfelkonferenz schien Westeuropa trotz aller Gegensätze der Einigung näher zu bringen. Besonderen Beifall fand in Peking auch noch der Auftrag der EWG-Gipfelkonferenz 1974 an den belgischen Premierminister Leo Tindemans, einen umfassenden Bericht über das Gesamtkonzept der Europäischen Union vorzulegen²⁶⁾.

Inzwischen hat man in Peking jedoch gemerkt, daß die tatsächliche Entwicklung der Integration mit den Wunschvorstellungen, die man in China, aber auch in Europa hegt, nicht Schritt gehalten hat. Begründet wird diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit im wesentlichen durch zwei Faktoren. Einerseits konnte man im großen, weiträumigen China wohl nicht sehen, daß das kleine Europa durch seine Geschichte eine zerklüftete politische Landschaft ist, die aus vielen kleinen, einzelnen Teilen besteht. "Aus ihrer chinesischen Sicht durften sie eine rasche Integration erwarten, aber offensichtlich hatte man in Peking die Homogenität unseres alten Kontinents überschätzt und das Gewicht seiner Diversität und historischen Tradition unterschätzt"²⁷⁾. Zum anderen trug die wirtschaftliche Krise 1975 nicht zum engeren Zusammenrücken der Gemeinschaft bei, sondern sorgte eher für ein erneutes Auseinandergehen.

Da man in China erkannt hat, daß das Voranschreiten der Integration nicht im gewünschten Tempo vorgeht, ist man mit lobenden Worten sparsamer geworden, auch wenn man die positiven Kommentare nicht eingestellt hat. Dagegen fragt man die Besucher aus dem fernen Europa taktvoll, warum man denn die Bemühungen um ein vereinigtes Europa nicht stärker forcieren.

Bedingt durch die Einsicht, daß man mit Lob für die Integrationsbemühungen keinen großen Erfolg hatte, zog man es in Peking vor, einen alten Trumpf wieder ins Spiel zu bringen, von dem man ziemlich sicher sein kann, daß er sticht: die Bedrohung Westeuropas durch die Hegemoniebestrebungen der Supermächte.

2. Die Bedrohung der EWG durch die USA und die UdSSR

Die Argumentation der Chinesen ist recht einfach. Sie sagen, daß die USA und die Sowjetunion sich schon immer um die Vorherrschaft in Europa stritten. Bei unzähligen Gelegenheiten erklärte man dies Besuchern aus den EWG-Ländern, z.B. Vizeministerpräsident Deng Hsiao-ping auf dem Bankett zu Ehren von Edward Heath: "Die Supermächte versuchen nicht nur, die Entwicklungsländer zu kontrollieren, sondern sie streben gleichzeitig danach, die entwickelten Länder zu tyrannisieren, die es in der Macht nicht mit ihnen aufnehmen können. Gegenwärtig ist Europa der Brennpunkt ihres Wettstreites ..."²⁸⁾ Mit großem Geschick findet man in Peking immer neue anschauliche Beispiele wie "Europa, ein schmackhaftes Stück Fleisch, von beiden Supermächten gleichermaßen begehrt, ist der Brennpunkt ihrer Rivalität"²⁹⁾.

Neben der Bedrohung, die von den Hegemoniebestrebungen der Supermächte ausgeht, ist Westeuropa aber auch auf eine andere Weise durch die USA und die UdSSR bedroht, stellt es doch das Schlachtfeld dar, auf dem die beiden Riesen ihren Kampf ausfechten werden, falls es zum Krieg kommt. Die Chinesen stellen immer wieder klar, daß die Sowjetunion drei Viertel ihrer Streitkräfte in Europa stationiert hat³⁰⁾. Auf der anderen Seite ist man sich auch in den USA der strategischen Bedeutung Westeuropas durchaus bewußt. "In seinem Verteidigungsbericht behauptete der US-Außenminister Schlesinger unverhohlen, daß Europa im Falle eines Krieges Kriegsschauplatz im Entscheidungskampf zwischen den USA und der Sowjetunion sein würde"³¹⁾. Dergleichen ruft man in Peking europäischen Besuchern in letzter Zeit in fast peinlicher Weise permanent ins Gedächtnis.

Gleichzeitig bemüht man sich, die Europäer dazu zu bewegen, sich für eigene militärische Verteidigung einzusetzen, unabhängig von den USA. "Amerika und Rußland ist nicht zu trauen, Europa muß selbst stark sein"³²⁾, sagte Ministerpräsident Tschou En-lai schon 1973 zu niederländischen Parlamentariern.

Dennoch schätzt man die Bedrohung durch die Supermächte nicht als gleichwertig ein. Genauso, wie die UdSSR als Hauptfeind Nr.1 der VR China gilt, geht von ihr auch die größere Bedrohung Westeuropas aus, da sich diese vor allem militärisch äußert. Die Bedrohung durch die USA gilt als zweitrangig, ja militärisch ist ihre Präsenz in Europa z.Zt. sogar notwendig, zumindest solange, wie die europäischen Verteidigungskräfte noch zu schwach sind. Das drückt sich auch darin aus, daß die NATO in letzter Zeit positiv von chinesischer Seite beurteilt wird³³⁾.

3. Die Auswirkungen der EWG auf die UdSSR und die USA

Nun ist es aber nicht so, daß die EWG einseitig den Einflüssen der beiden Großmächte ausgesetzt ist. Man erkennt in Peking durchaus, daß durch das allmähliche Erstarken der Gemeinschaft auch Wirkungen nach außen gehen. Zunächst sieht man einen gemeinsamen Widerstand gegen die beiden Supermächte, welcher durch die Hegemoniebestrebungen ausgelöst wurde: "Die intensive Rivalität und Kollision in Europa zwischen den zwei Supermächten, den USA und der Sowjetunion, während der letzten Jahre haben die Lebensinteressen der westeuropäischen Länder zunehmend bedroht. Dies hat dazu geführt, daß diese Länder gemeinsam gegen die zwei Supermächte Front machen"³⁴⁾.

Gegenüber den USA haben diese Bemühungen aus chinesischer Sicht schon Erfolg gezeigt, da man in Peking eine "Schwächung des USA-Imperialismus"³⁵⁾ sieht, z.B. aufgrund des gemeinsamen Auftretens der EWG-Länder während der Dollar-Krise, was zur Folge hatte, daß der Wechselkurs für den Dollar tatsächlich freigegeben werden mußte.

Genauso wertete man den EWG-Beitritt Englands, den man früher verurteilt hatte, als Erfolg der Bemühungen Englands, sich dem Einflußbereich der USA zu entziehen und die Gemeinschaft zu stärken. So hieß es kurz vor dem Eintritt 1972: "England steht im Begriff, sich mit den EWG-Ländern allmählich zu vereinigen, um gemeinsam gegen die USA Front zu ma-

chen, um Widerstand gegen die 'neue' Wirtschaftspolitik der USA zu leisten ..."³⁶⁾.

Demgegenüber läßt sich bei der Sowjetunion feststellen, daß die verstärkte Integration Westeuropas dazu führte, daß sie den RgW, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, stärker forciert weiterentwickelte, den man als osteuropäisches Gegenstück zur EWG bezeichnen kann.

4. Das Verhältnis der EWG zur Dritten Welt

Neben dem Verhältnis der EWG zu den Supermächten gilt das chinesische Interesse vor allem den sich langsam entwickelnden Beziehungen zwischen der EWG und den Ländern der Dritten Welt. Die anfangs gehegten Befürchtungen, die Länder der EWG, die ja zum großen Teil ehemalige Kolonialländer sind, würden an ihr damaliges Verhalten anknüpfen und neokoloniale Beziehungen zu errichten trachten, fanden sich nicht bestätigt, man sah in Peking, daß hier neue, nicht allein auf Ausbeutung ausgerichtete Beziehungen geschaffen wurden.

Besonderes Wohlgefallen fand dabei in den Augen der chinesischen Führung die Konvention von Lomé, ein am 28. Februar 1975 in Lomé, Togo, unterzeichnetes Handelsabkommen zwischen den neun EWG-Ländern und 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern: "Um den zwei hegemonistischen Ländern gewachsen zu sein und ihre Wirtschaftskrise zu lindern, haben es die westeuropäischen Staaten dringend nötig, ihre ökonomischen Bande mit der Dritten Welt zu verstärken. Die Dritte Welt ihrerseits will ebenfalls, auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, Wirtschaftsbeziehungen dieser Art entwickeln, um den zwei hegemonistischen Mächten Widerstand zu leisten, und ihre nationale Wirtschaft zu entwickeln"³⁷⁾.

Diese positive Bewertung des Verhältnisses der EWG zur Dritten Welt findet auch in den UNO-Reden der chinesischen Delegierten Beachtung.

5. Die EWG als Teil des Konzeptes der multipolaren Welt

So betrachtet fügt sich die EWG natürlich wunderbar in das weltpolitische Bild der VR China, und die Bemühungen der EWG um politischen Einfluß passen zu ihren Bestrebungen, die derzeitige Machtverteilung auf der Welt zu ändern, dahingehend, daß alle Staaten gleichberechtigt nebeneinander existieren. Den oft unterstellten Führungs- und Herrschaftsanspruch weisen die Chinesen energisch zurück: "Wir sind stets dafür eingetreten, daß alle Länder in der Welt, ob groß, ob klein, gleichberechtigt sein müssen"³⁸⁾ und "China will nie eine Supermacht werden"³⁹⁾.

Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, ist es nötig, die bisherige bipolare Machtkonzentration aufzusprengen, wogegen sich die USA und die UdSSR natürlich nach Kräften wehren werden. Dennoch erscheint den Chinesen die Multipolarität erreichbar, wobei die aufstrebende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine wichtige Rolle spielt, genau wie die VR China oder Japan. Dies ist auch eine Erklärung für den starken Beifall aus Peking für die EWG⁴⁰⁾.

Die ersten vorsichtigen Schritte auf dieses Ziel hin sind nach Meinung von Experten jetzt schon zu sehen: "Das früher unbestritten geltende System der Bipolarität - die Weltherrschaft der Vereinigten Staaten und der UdSSR - besteht zwar in strategisch-machtpolitischer Hinsicht weiter. Eine allmähliche Veränderung in Richtung auf eine stärker multipolare Weltordnung ist jedoch gegenwärtig insofern unverkennbar, als die politische Struktur des internationalen Beziehungsfeldes wachsende Differenzierungen sichtbar werden läßt und die beiden einst unangefochtenen Weltmächte zu einer Reaktion auf diese sich ausbildenden Differenzierungen gezwungen sind"⁴¹⁾.

VI. Fehleinschätzung des Partners und der Beziehungen auf beiden Seiten

Eine Prognose für die weitere Entwicklung abzugeben, ist zur Zeit nicht möglich. Geradezu nötig ist es dagegen,

auf die falschen Voraussetzungen hinzuweisen, von denen beide Vertragspartner ausgehen, da die Entwicklung der Beziehungen durch diese Fehleinschätzungen sehr gehemmt werden könnte.

1. EWG: Überschätzung des Handels

Für die EWG gilt, daß die richtige Erkenntnis der Bedeutung der Beziehungen durch Scheuklappen behindert wird, die den Blick auf die Wirtschaft und den Handel beschränken. Die Erkenntnis, daß der politische Aspekt der Beziehungen für die VR China der bedeutsamere ist (zumindest galt dies zur Zeit der Aufnahme der Beziehungen), vermag sich in Brüssel nicht durchzusetzen. Darüber hinaus schätzt man die Dimensionen des zukünftigen Handels falsch ein. "Die Schimäre von dem unersättlichen Markt der 800 Millionen ist keineswegs tot"⁴²⁾.

Zu Unrecht geht man noch immer von folgendem Standpunkt aus: "Die osteuropäischen Staatshandelsländer sowie das sich rasch und mächtig entwickelnde China sind für die EWG-Industrieländer von hohem wirtschaftlichen Interesse. Sie stellen eine Reserve für den Fall dar, daß die ständig wachsende Industrieproduktion Westeuropas nicht mehr auf den bisherigen Märkten abgesetzt werden kann. Das gilt sowohl für Industrie- als auch Konsumgüter"⁴³⁾. Zumindest im Bezug auf Konsumgüter ist diese Annahme falsch, für Industriegüter gilt sie nicht in dem erhofften Maße.

Man läßt in Brüssel darüber hinaus noch mehrere Gesichtspunkte außer acht, die sogar zum Schrumpfen des derzeitigen Handelsvolumens führen könnten. Der Handelsbilanzüberschuß der EWG gegenüber der VR China belief sich 1975 auf etwa 150 Millionen US-Dollar, und die Tendenz ist steigend. Die VR China wird die Importe aus den EWG drosseln müssen, wenn die EWG nicht ihrerseits den Import aus China steigert⁴⁴⁾. Denn für China gilt die Devise, daß es unabhängig sein muß, auch gegenüber seinen Handelspartnern.

2. China: Überschätzung der Integration

Wird der Blick auf der Seite der EWG durch die ökonomischen Scheuklappen eingeschränkt, so ist es auf der chinesischen Seite die ideologische Brille, die ein richtiges Erkennen der Realität nicht zuläßt. Die Bestrebungen der EWG, eine politische Union zu bilden, wurden in China zu positiv interpretiert, so daß man sich in der unangenehmen Situation sah, daß das schöngefügte Bild der immer stärker und einiger werdenden EWG, welches geradezu als Beweis für die Zwischenzonentheorie und als Schritt zur Multipolarität angesehen wurde, und die Realität weit auseinander klafften. Da man sich in Peking offensichtlich nicht dazu durchringen konnte, den eingeschlagenen Kurs zu korrigieren, verfiel man auf eine Art Doppelstrategie: man ermahnte und kritisierte europäische Besucher, mehr für ein vereinigtes Europa zu tun, lobte aber öffentlich jedes Rühren der EWG, was manchmal an Gesundbeten grenzte.

Tabelle I: Chronologie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den Ländern der EWG

1950	Dänemark
1954	Holland Großbritannien
1964	Frankreich
1970	Italien
1971	Belgien
1972	Großbritannien (Erhöhung der Beziehungen auf Botschafterebene) Niederlande (Erhöhung der Beziehungen auf Botschafterebene) Bundesrepublik Deutschland Luxemburg

Tabelle II: Chronologie der wichtigsten Besuche prominenter Politiker aus EWG-Ländern nach der Kulturrevolution

1970

Juli	André Bettencourt	französischer Ministerdelegierter f. Planung u. territoriale Entwicklung
Oktober	Maurice Couve de Murville	französischer Ministerpräsident

1971

Mai	Mario Zagari	italienischer Außenhandelsminister
-----	--------------	------------------------------------

1972

Juli	Maurice Schuman	französischer Außenminister
Juli	Gerhard Schröder	Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der BRD
Oktober	Walter Scheel	Außenminister der BRD
Oktober	Alec Douglas Home	britischer Außenminister

1973

Januar	Guiseppe Medici	italienischer Außenminister
Mai	Gaston Thorn	luxemburgischer Außenminister
Mai	K.B.Andersen	dänischer Außenminister
September	Georges Pompidou	französischer Ministerpräsident

1974

Mai/Juni	Edward Heath	britischer Ex-Premierminister
September	Poul Hartling	dänischer Premierminister

1975

Januar	M.van der Stoel	niederländischer Außenminister
April	Leo Tindemans	belgischer Ministerpräsident
Mai	Sir Christopher Soames	Vizepräsident der Kommission der EG
September	Edward Heath	brit.Ex-Premierminister
Okt./Novemb.	Helmut Schmidt	Bundeskanzler der BRD
November	Jean Sauvagnargues	französischer Außenminister

Tabelle III: Chronologie der wichtigsten Besuche prominenter chinesischer Politiker in EWG-Ländern

1972

November	Tjiao Guan-hua, Vize-Außenminister	Großbritannien, Frankreich
----------	------------------------------------	----------------------------

1973

Juni	Dji Peng-fe, Außenminister	Großbritannien, Frankreich
------	----------------------------	----------------------------

1974

Oktober	Tjiao Guan-hua, Vize-Außenminister	BRD, Frankreich
---------	------------------------------------	-----------------

1975

Mai	Deng Hsiao-ping, stellv. Ministerpräsident	Frankreich
-----	--	------------

Fußnoten

- 1) Mao Tse-tungs Gedicht über das Kunlun-Gebirge, dritte Strophe, zitiert aus: Findorff, Barbara: Chinas Wissen über Europa, in: Europe and China, Essen 1975, S.57.
- 2) Reusch, Jürgen: Die Außenpolitik der VR China 1949 bis 1974, Frankfurt 1974, S.172.
- 3) Findorff, Barbara: China und die Europäische Gemeinschaft, in: Außenpolitik, 23.Jg.(1972), Heft 11, S.657.
- 4) Reusch, Jürgen: a.a.O., S.172.
- 5) ebenda.
- 6) Bräker, Hans: Die Sowjetunion, China und die EWG, Köln 1973, S.3
- 7) Bräker, Hans: a.a.O., S.5.
- 8) ebenda, S.4.
- 9) Vgl. ebenda, S.2.
- 10) Weggel, Oskar: Die ersten Jahre der zweiten Eiszeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.Jg.(1973), Heft 43, S.10.
- 11) "Die Welt" vom 24.Januar 1972, S.1.
- 12) Vgl. Findorff, Barbara: China und die Europäische Gemeinschaft, in: Außenpolitik, 23.Jg.(1972), Heft 11, S.660.

- 13) Findorff, Ernst A.: Die Volksrepublik China und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, S.58.
- 14) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Information: Die Volksrepublik China und die Europäische Gemeinschaft, Bonn - Brüssel 1975, S.3.
- 15) dpa 235 al vom 1.Oktober 1973.
- 16) Vgl. "Le Monde" vom 3.Oktober 1973, S.37.
- 17) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generalsekretariat: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 5/1975, Brüssel 1975, S.20.
- 18) Peking-Rundschau, 12.Jg.(1975), Heft 20, S.6.
- 19) Vgl. Findorff, Barbara: Empfindliches Gleichgewicht, in: Europäische Gemeinschaft, o.Jg.(1975), Heft 10, S.8.
- 20) Vgl. Nieh, Yu-hsi: China und Europa, in: China aktuell, 2.Jg.(1973), Heft 9, S.628.
- 21) Vgl. Wilson, Dick: China and the European Community, in: China Quarterly, o.Jg.(1973), Heft 65, S.665.
- 22) Vgl. Wilson, Dick, a.a.O., S.665.
- 23) Vgl. ebenda, S.664.
- 24) Vgl. Findorff, Ernst A., a.a.O., S.58.
- 25) Peking-Rundschau, 10.Jg.(1973), Heft 49, S.14.
- 26) Vgl. Peking-Rundschau, 11.Jg.(1974), Heft 51, S.23.
- 27) Findorff, Barbara: Chinas Wissen über Europa, Essen 1975, S.62.
- 28) Peking-Rundschau, 11.Jg.(1974), Heft 22, S.8.
- 29) Peking-Rundschau, 12.Jg.(1975), Heft 3, S.9.
- 30) Vgl. Peking-Rundschau, 12.Jg.(1975), Heft 32, S.16.
- 31) ebenda.
- 32) "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24.August 1973, S.7.
- 33) Fabritzek, Uwe G.: Europa im Wandel der Außenpolitik Chinas, in: Politische Studien, 24.Jg.(1973), Heft 24, S.494.
- 34) Peking-Rundschau, 9.Jg.(1972), Heft 6, S.23.

- 35) Peking-Rundschau, 8.Jg.(1971), Heft 27, S.27.
- 36) Peking-Rundschau, 9.Jg.(1972), Heft 1, S.30.
- 37) Peking-Rundschau, 12.Jg.(1975), Heft 7, S.20.
- 38) Tjiao Guan-hua: Rede Tjiao Guan-huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China, auf der Plenarsitzung der 29. Tagung der UNO-Vollversammlung, Peking 1974, S.4.
- 39) Verfassung der Volksrepublik China, Peking 1975, S.8.
- 40) Vgl. Wilson, Dick: a.a.O., S.657.
- 41) Koschwitz, Hans-Jürgen: Die Rolle der Volksrepublik China in der Weltpolitik, in: Politische Studien, 10.Jg. (1972), Heft 40, S.390.
- 42) Dohmen, Holger, China und die EG - Handelsbeziehungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: China aktuell, 3.Jg.(1975), Heft 6, S.362.
- 43) Nahmer, Nöll von der: EWG und Weltwirtschaft, in: Integration, o.Jg.(1975), Heft 1, S.5.
- 44) Vgl. Findorff, Barbara: Empfindliches Gleichgewicht, in: Europäische Gemeinschaft, o.Jg.(1975), Heft 10, S.7.
- 45) Vgl. Dohmen, Holger: a.a.O., S.362.

Literaturverzeichnis

Bräker, Hans: Die Sowjetunion, China und die EWG, Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr.4 (1973), Köln 1973.

dpa al 235 vom 1.Oktober 1973

Dohmen, Holger: China und die EG - Handelsbeziehungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: China aktuell, 3.Jg. (1975), Heft 6, S.362-365.

Fabritzek, Uwe G.: Europa im Wandel der Außenpolitik Chinas, in: Politische Studien, 24.Jg.(1973), Heft 24, S.485-497.

Findorff, Barbara: China und die Europäische Gemeinschaft, in: Außenpolitik, 23.Jg.(1972), Heft 11, S.656-662.

Findorff, Barbara: China and the European Community, in: The Round Table, o.Jg.(1973), Heft 251, S.341-350.

Findorff, Barbara: Empfindliches Gleichgewicht, in: Europäische Gemeinschaft, o.Jg.(1975), Heft 10, S.7-8.

Findorff, Barbara: Chinas Wissen über Europa, in: Europe and China, 1st International Conference, Montreux, 9.-11.May, 1975, Essen 1975, S.57-64.

Findorff, Ernst A.: Die VR China und die Europäische Gemeinschaft, in: Schickel, Joachim (Hrsg.): China - Deutschlands Partner, Frankfurt 1974, S.40-65.

'Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 24.August 1973.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generalsekretariat: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Nr.5/1975, Brüssel 1975.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Information: Die Volksrepublik China und die Europäische Gemeinschaft, Information Außenbeziehungen 106/75, Bonn - Brüssel 1975.

Koschwitz, Hans-Jürgen: Die Rolle der Volksrepublik China in der Weltpolitik, in: Politische Studien, 10.Jg.(1972), Heft 40, S.380-395.

"Le Monde" vom 3.Oktober 1973.

Näth, Marie-Luise: Die Außenpolitik der VR China, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 23.Jg. (1973), Heft 43, S.30-46.

Nahmer, Nöll von der: EWG und Weltwirtschaft, in: Integration, o.Jg.(1973), Heft 1, S.5-9.

Nieh, Yu-hsi: China und Europa, in: China aktuell, 2.Jg. (1974), Heft 9, S.626-631.

Peking-Rundschau, 8.Jg. (1971), Heft 27
9.Jg. (1972), Heft 1
9.Jg. (1972), Heft 6
10.Jg. (1973), Heft 49
11.Jg. (1974), Heft 22
11.Jg. (1974), Heft 51
12.Jg. (1975), Heft 3
12.Jg. (1975), Heft 7
12.Jg. (1975), Heft 20
12.Jg. (1975), Heft 32.

Reusch, Jürgen: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949-1974, Frankfurt 1974.

Tjiao Guan-hua: Rede Tjiao Guan-huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China, auf der 19.Tagung der UNO-Vollversammlung, Peking 1974.

Verfassung der Volksrepublik China, Peking 1975.

Weggel, Oskar: Moskau und Peking: Die ersten Jahre der zweiten Eiszeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung "Das Parlament", 23.Jg.(1973), Heft 43, S.3-29.

"Die Welt" vom 24.Januar 1972.

Wilson, Dick: China and the European Community, in: China Quarterly, o.Jg.(1973), Heft 65, S.647-666.